

# **Landesparteitag**

# **DIE LINKE.NRW**

Kamen, 23./24. Juni 2018

Antragsheft 2

Berichte

Antrag/Bericht	Antragsteller	Seite
überarbeitete TO/ZP	Landesvorstand	3
ÄA zur Tagesordnung	I. Remmers, MW birkwald	5
ÄA zu „... LINKE Alternativen...“	Beinersdorf, Besser u.a.	6
EA zu „Sozial – Auch vor Ort“	I. Remmers	7
Rechenschaftsbericht	Landesvorstand	8
Mitgliederentwicklung in NRW		
IA Flucht und Migration	Remmers, Behrend u.a.	20
IA Azubiticket	El-Khatib, Gvozden u.a.	23
IA Nein zum Polizeigesetz	Movassat, Prigge u.a.	24

Als vorläufige, aktualisierte Tagesordnung wird vorgeschlagen:

**23.06.**

1.	Begrüßung durch den Kreisvorstand	11.00 Uhr
2.	Eröffnung	11.10 Uhr
3.	Formalia	11.20 Uhr
	Präsidium/Mandatsprüfungskommission/ Antragsberatungskommission/Wahlkommission Tagesordnung/Zeitplan/Geschäftsordnung	
4.	Linke Alternativen in NRW Sozial – auch vor Ort Einbringung beider Anträge Diskussion	11.35 Uhr
	Beschlussfassung	12.45 Uhr
5.	Europapolitische Positionen des Landesverbandes Einbringung und Diskussion (keine Beschlussfassung) Einbringung S. Wagner, M. Aggelidis, M. Schirdewan	13.00 Uhr
	Grußwort verdi	
	Mittagspause	14.30 Uhr
6.	Männer-/Frauenplenum Plenum und Berichte	15.15 Uhr
7.	Rechenschaftslegung des Landesvorstandes Bericht und Diskussion	16.15 Uhr
8.	Bericht der LFRK	16.55 Uhr
9.	Entlastung des Vorstandes	17.10 Uhr
10.	Beschluss über die Wahlordnung	17.20 Uhr
11.	Beschluss über die Stärke des Landesvorstandes	17.25 Uhr
12.	Wahlen Sprecherin/Sprecher Stellvertreterinnen/Stellvertreter Landesgeschäftsführer*in Landesschatzmeister*in	17.30 Uhr

Ende des ersten Beratungstages gegen 19.30 Uhr (Fußball)

**24.06.**

12.	Anträge	10.00 Uhr
11.	Fortsetzung Wahlen	11.00 Uhr
	Liste zur Sicherung der Mindestquotierung	
	Offene Liste	13.00 Uhr
	Mittagspause gegen	13.30 Uhr
	Dazwischen Bericht der Inklusionsbeauftragten	
14.	eventuell Nachwahlen zur Landesschiedskommission und und Landesfinanzrevisionskommission	15.00 Uhr
15.	Bericht zur Umsetzung des Landesparteitagbeschlusses zu den Kriterien der Mandatsträger*innen	15.15 Uhr
16.	Anträge	15.45 Uhr
17.	Schlussbemerkungen	17.20 Uhr

Ende des Parteitages gegen 17.30 Uhr

Beratung des Landesvorstandes

22.06. 17.30 Uhr im Hotel

MK

Antrag zur Änderung der Tagesordnung des Landesparteitags am 23./24.06.2018 in Kamen

Antragsteller\*innen: Ingrid Remmers / Matthias W. Birkwald

Der Landesparteitag möge beschließen:

- Der Zeitumfang für TOP 4. der Tagesordnung wird auf 1 ½ Stunden verlängert und der Zeitumfang für TOP 5. „Europapolitische Positionen des Landesverbandes“ um eine 1/2 Stunde gekürzt.
- TOP 4. wird im Untertitel umbenannt in „Debatte und Beschlussfassung zu landes- und kommunalpolitischen Positionen“.
- Unter TOP 4. wird neben dem „Positionsbeitrag des Landesvorstands“ auch der Antrag „DIE LINKE. NRW auf dem Weg zu den Kommunalwahlen 2020“ eingebracht und zur Abstimmung gestellt.

Begründung:

➤ Es sollte mehr Raum sein für die inhaltliche Positionierung zur Arbeit des künftigen neuen Landesvorstands mit Blick auf die Kommunalwahlen 2020.

➤ Der Antrag „DIE LINKE. NRW auf dem Weg zu den Kommunalwahlen 2020“ stellt in einer zentralen Aufgabe des Landesverbands eine wichtige Ergänzung und Konkretisierung des „Positionsbeitrags des Landesvorstands“ dar.

Landesparteitag DIE LINKE NRW, 23./24. Juni in Kamen

Änderungsantrag zu ToP 4:

*Positionsbeitrag und Antrag des Landesvorstands ‚Für eine LINKE Alternative in Nordrhein-Westfalen‘*

**1.)Der Passus „Für den... auf:“ in den Zeilen 112 bis 115 erhält folgende Fassung:**

Am 20. Juni hat ver.di zu einer großen Demonstration gegen Bundesgesundheitsminister Jens Spahn und die Gesundheitsministerkonferenz aufgerufen. DIE LINKE hat im Rahmen der Pflegekampagne dazu aufgerufen:“

Begründung: Am Tage des Landesparteitages wird die Demonstration bereits in der Vergangenheit liegen.

**1.)Zeile 221 – Zeile 224: Streichung des Satzes „Nach der Sommerpause... einräumen wollen.“**

Begründung: Dieser Satz ermöglicht irreführende Deutungen, die LINKE NRW messe der im vorhergehenden Satz als große Herausforderung für DIE LINKE insgesamt bezeichneten Europawahl 2019 einen geringeren Stellenwert bei als die Gesamtpartei.

Der gesamte Absatz bleibt auch ohne diesen Satz verständlich.

1.)

Antragsteller:\*innen

Fritz Beinersdorf (KV Remscheid), Christoph Besser (KV Köln), Günter Blocks (KV Bottrop), Carolin Butterwegge (KV Köln), Hans Decruppe (KV Rhein-Erft), Werner Eggert (KV Köln), Ralph Henrichs (KV Münster), Susanne Herhaus (Kreissprecherin Kv Wuppertal), Wolfgang Lindweiler (Köln) , Angelika Link-Wilden (Kreissprecherin KV Köln), Torsten Löser (KV Köln); Nadine Mai, Klaus Roth, Michael Scheffer (KV Köln) ...

## **Ergänzungsantrag zum Antrag „DIE LINKE NRW auf dem Weg zu den Kommunalwahlen 2020“ zum Landesparteitag**

**Antragstellerin: Ingrid Remmers**

### **3. Mobilität für alle – sozial und ökologisch**

Wir wollen Mobilität für alle Menschen. Nur auf der Grundlage bezahlbarer Mobilität ist gesellschaftliche Teilhabe möglich. Dazu gehört ein zuverlässiger, gut ausgebauter und eng getackter Öffentlicher Personennahverkehr, der von allen ohne Fahrschein benutzt werden kann. Wir wollen eine Stadt der kurzen Wege, damit wir alle unseren Alltag mit geringem Verkehrsaufwand bewältigen können. Dafür braucht es gute Netze von Fuß- und Radwegen, Fahrradstationen und die Ausgestaltung von Plätzen zu Orten der Begegnung, die zu Aufenthalt und Gespräch einladen. Plätze, an denen nicht nur Handel und Gewerbe, sondern auch Verwaltung, medizinische Versorgung und soziale Betreuung zu finden sind.

Städte und Kommunen dürfen mit dem Problem sauberer Luft in Folge des Dieselskandals nicht allein gelassen werden. Finanzschwache Kommunen haben erhöhten Förderbedarf, um die Anforderungen an den Umbau der Infrastruktur und zur Beschaffung sauberer Fahrzeuge stemmen zu können.

## **Rechenschaftsbericht des Landesvorstands DIE LINKE. NRW 2016 – 2018**

Vorbemerkung: Der nachstehende Rechenschaftsbericht gliedert sich nach der Chronologie der Wahlperiode mit dem Schwerpunkt der Wahlen und nach den im seinerzeit verabschiedeten Leitantrag festgelegten Schwerpunkten des Landesverbandes. Wie üblich wurde der Bericht erstellt und zusammengetragen von Themenverantwortlichen im Landesvorstand.

### **Wahlperiode 2017**

Einen erheblichen Anteil an der Arbeit des Landesvorstandes hatte die Vorbereitung und Durchführung von zwei für den Landesverband wichtige Wahlen: Die Landtagswahl vom Mai 2017 und die Bundestagswahlen vom September 2017.

Die Vorbereitungen für den Landtagswahlkampf begannen praktisch unmittelbar nach der Wahl des Landesvorstandes. Die Findung einer Agentur für Öffentlichkeitsarbeit, das Erstellen einer Kampagne, das Erstellen eines Landtagswahlprogrammes und die erheblichen organisatorischen Vorbereitungen für den Wahlkampf in einem Flächenland mit 18 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern nahmen ab dem Sommer 2017 einen großen Raum ein. DIE LINKE. Nordrhein-Westfalen erstellte für den Landtagswahlkampf eine eigene Zeitung, die rund 1 Millionen Mal in unsere Kreisverbände ausgeliefert und dort verteilt wurde. Darüber hinaus wurden Flyer, Aufkleber, Postkarten, das Kurzwahlprogramm und Plakate gestaltet. Es wurden Touren durch Nordrhein-Westfalen organisiert und begleitet, so die Miethai-Tour und die Bus/Beschallungstour zur Unterstützung von Kreisverbänden im Wahlkampf. Die Pressearbeit musste für den Landtagswahlkampf auf neue Füße gestellt werden, was eine erhebliche Professionalisierung der Pressearbeit auf Landesebene mit sich brachte im Bereich Pressemitteilungen, Pressekontakte sowie Presseresonanz. Auch im Social-Media-Bereich hatte die politische Arbeit während des NRW-„Superwahljahrs“ 2017 positive Folgen für die Landespartei. Durch eine intensive Betreuung der Facebook-Seite, das Anschalten von Werbeanzeigen sowie mittelfristig Planung von Postings konnte die Seite des Landesverbandes bis heute etwa 28 000 Follower\*innen generieren, was eine Verdoppelung seit Januar 2017 darstellt. Heute können dadurch linke Inhalte in NRW auch außerhalb von Wahlkampfzeiten über diesen Kanal vermittelt werden. Damit verfügt DIE LINKE: NRW über eine der reichweitenstärksten Seiten linker Landesverbände und konnte auch in NRW die politische Konkurrenz teilweise hinter sich lassen. Es wurden sowohl im Landtags-als auch im Bundestagswahlkampf Großveranstaltungen in NRW organisiert, die sehr gut besucht waren und vor allem im Bundestagswahlkampf Besucher\*innenrekorde für Wahlkämpfe in NRW aufgestellt haben. Hinzu kamen Unterstützungsangebote für Direktkandidierende im Landtagswahlkampf, die ebenfalls dankbar aufgegriffen wurden, das Erstellen von Personenflyern, Medientrainings sowie die Koordination von rund 70 lokalen Veranstaltungen mit Direktkandidierenden.

Auch wenn der Einzug in den Landtag knapp verpasst wurde: Als Landespartei haben wir prozentual und mehr sogar noch in absoluten Stimmen zugelegt. Im Vergleich zu der letzten Landtagswahl

konnten wir das Ergebnis für DIE LINKE prozentual fast verdoppeln. In absoluten Stimmen konnten wir sogar deutlich mehr als doppelt so viele Menschen von LINKEN Positionen überzeugen wie 2012. Damit konnte der Landesverband in der „kleinen Bundestagswahl“ in NRW vorbauen für die Bundestagswahl im September.

Auch der Bundestagswahlkampf, der sich quasi unmittelbar an den Landtagswahlkampf anschloss, musste von Landesverbandsseite vorbereitet und durchgeführt werden, auch wenn hier deutlich mehr Vorleistungen von der Bundesebene übernommen wurden. Die Durchführung der Großveranstaltungen, der Touren und so weiter sowie die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit nahm nichtsdestotrotz Ende September den Großteil der politischen Arbeit im Landesvorstand in Beschlag.

Für die Partei möglicherweise der wichtigste Effekt der beiden Wahlkämpfe sind die starken Mitgliederzuwächse. Alleine in der Hochphase des Landtagswahlkampfes sind 978 Menschen in NRW den LINKEN beigetreten, in den 14 Tagen nach der Landtagswahl waren es 139. Dies ist ein deutliches Zeichen dafür, dass linke Inhalte auch nach der Wahl überzeugen können. In vielen Kreisverbänden wurden dadurch aktive Basisgruppen gestärkt, was ein guter Ausgangspunkt für die zukünftige politische Arbeit ist. Heute steht der Landesverband bei rund 8000 Mitgliedern. Damit ist DIE LINKE. Nordrhein-Westfalen heute der zweitstärkste Landesverband gemessen an den Parteimitgliedern (Stand 31.05.2018: NRW hat genau ein Mitglied mehr als der Landesverband Berlin).

Es folgt eine Aufzählung der seinerzeit im Leitantrag beschlossenen Schwerpunkte des Landesverbandes und Berichten über die politische Arbeit zu den Schwerpunkten.

## **1. Wohnungspolitik**

Im Leitantrag hieß es: *„CDU und FDP haben kurz nach der Landtagswahl einen umfassenden Angriff auf Schutzrechte von Mieter\*innen angekündigt... Unser Landesverband wird sich verstärkt in diese Auseinandersetzung einbringen und an der Seite von Mieter\*innen und Initiativen für bezahlbaren Wohnraum kämpfen.“*

Für den LaVo hat Inge Höger an der Konferenz: "Boden Recht Wohnen - Ansätze für eine sozialere Mieten- und Wohnungspolitik" am 23. und 24.02.2018 des Netzwerkes Mieten und Wohnen teilgenommen. Die Vernetzung muss verstetigt und in die Kampagne einbezogen werden.

Der LaVo wird sich im Rahmen der bundesweiten Kampagne in Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden für das Recht auf Wohnen engagieren.

## **2. Braunkohle/Umweltpolitik**

Im Leitantrag wurde beschlossen: *„Die bereits große und aktive Bewegung gegen den Braunkohletagebau und seine Folgen wird vor neue Herausforderungen gestellt werden. Hier gibt es Initiativen und Bewegungen bei denen wir uns weiterhin und verstärkt einbringen wollen. Dabei ist für uns klar, dass wir Umwelt- und Sozialpolitik zusammen denken.“*

Unser Landesverband ist mit einer klaren Haltung in den Landtagswahlkampf gezogen: Wir sind die politische Kraft im Bundesland, die unzweideutig für einen Plan zum sofortigen und sozial abgesicherten Ausstieg aus der Braunkohle steht. Durch die Arbeit der vergangenen Jahre ist der

Landesverband zum Partner der Klimagerechtigkeitsbewegung geworden. Dies ist die Leistung der Kreisverbände im Rheinischen Braunkohlerevier ebenso, wie die konsequente Arbeit der Landesebene. Gemeinsam ist uns dies gegen erhebliche Parteienskepsis und Widerstände durch beharrliche Präsenz vor Ort und in den Klimacamps, konkrete Hilfsangebote, eine klare Haltung und unzähligen Gesprächen gelungen. Ein Höhepunkt war die Präsenz unserer Partei anlässlich der Proteste zu COP23 im vergangenen Jahr. In konsequenter Zusammenarbeit von Bundespartei, Bundestagsfraktion, Landesverband und Kreisverbänden waren wir auf der großen Demonstration am 4. November mit einem unübersehbaren Linken Block vertreten. Aber auch bei der Jahreshauptversammlung des RWE Konzerns in Essen war die Partei vertreten. Am Wochenende 4. März fand ein bundesweites Vernetzungstreffen in Hannover statt, auf dem Hanno für den LaVo teilgenommen hat. Für den 11. – 22. August ist ein Klimacamp im Rheinland geplant, an dem DIE LINKE sich beteiligen wird. Hanno von Raußendorf und Michael Aggelidis haben außerdem die Anti-Braunkohlecamps während der Räumungsversuche mehrfach aufgesucht und die Camps solidarisch unterstützt.

### **RWE:**

Der Widerstand gegen die Klimaerwärmung geht auch an der Justiz nicht vorbei. So erscheint es nach den bisherigen Abläufen beim OLG Hamm in einer Schadenersatzklage eines peruanischen Landwirts nicht mehr ausgeschlossen, dass die RWE für die Folgen der Klimaerwärmung durch Verbrennung fossiler Ressourcen haften muss. Wenn auch noch nicht alle Messen gesungen sind, und der juristische Kampf auch noch nicht gewonnen ist, so zeigt diese Entwicklung, dass der Kampf der Klimaschutzbewegung breite Teile der Gesellschaft erfasst hat. Michael Aggelidis hat den Prozess für den Landesvorstand vor Ort und mit Öffentlichkeitsarbeit begleitet.

### **Bayer-Monsanto**

DIE LINKE. NRW ist Teil des Bündnisses gegen Bayer-Monsanto, Michael Aggelidis ist zum wiederholten Male auf der Hauptversammlung von RWE für die kritischen Aktionäre als Redner aufgetreten. Mit unserer Unterstützung der Kampagne Stopp Bayer-Monsanto haben wir uns im vergangenen, wie auch in diesem Jahr an den Protesten gegen die Fusion der beiden Konzerne anlässlich der Hauptversammlung des Bayer Konzerns beteiligt. Droht hier doch ein Megakonzern zu entstehen, der durch seine weltweite beherrschende Stellung auf dem Gebiet der Agrarchemie und der Biotechnologie verheerenden Einfluss auf die Entwicklung der Landwirtschaft nehmen könnte.

### **Gute Luft, auch in unseren Städten**

Vor eine besondere Herausforderung stellt uns die Überschreitung der Grenzwerte für NOX und die Feinstaubbelastung in vielen Städten, auch in NRW. Hier sagen wir sehr klar: Nicht Fahrverbote sind die Lösung, sondern die Verpflichtung der Automobilindustrie zur Nachrüstung ihrer betrügerisch manipulierten Fahrzeuge. Und anlässlich der Anklage vor dem Europäischen Gerichtshof im Rahmen des Vertragsverletzungsverfahrens gegen die Bundesrepublik Deutschland fordern wir eine umfassende Verkehrswende, hin zu öffentlichen Verkehrssystemen, einer Stärkung der Schiene

gegenüber der Straße und garantierte Mobilität für alle Menschen im Land. Diese Positionen wurden durch aktuelle Öffentlichkeitsarbeit verbreitet.

### **3. Arbeitszeitgesetz**

Im Leitantrag wurde beschlossen: *„Vorstoß der NRW-Landesregierung, durch eine Bundesratsinitiative das deutsche Arbeitszeitgesetz... abzuschaffen. Die Folge einer solchen Initiative wären Kürzungen von Pausenzeiten und längere Arbeitstage... Unser Landesverband wird an der Seite der Gewerkschaften und Beschäftigten stehen... Statt einer immer weiter verstärkten Ausweitung der Arbeitszeiten stehen wir für eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Personalausgleich.“*

Diese Initiative hat inzwischen die FDP in den Bundestag eingebracht. Es wurde entsprechende in entsprechender Öffentlichkeitsarbeit kritisiert.

### **4. Ladenöffnungsgesetz**

Im Leitantrag wurde beschlossen: *„CDU und FDP angekündigt, das Ladenöffnungsgesetz so auszuweiten, dass bis zu acht verkaufsoffene Sonntage im Jahr gestattet sind – ein Bereich, in dem im letzten Jahr ver.di durch Klagen die Aushöhlung der Sonntagsruhe oft verhindert hat. Wir werden weiterhin auf Kommunal- und auf Landesebene an der Seite der Gewerkschaften und Kirchen dagegen Stellung beziehen.“*

Auch gab es eine Demonstration von ver.di und den Landeskirchen vor dem Landtag, bei der Özlem den Landesverband mit einem Redebeitrag vertreten hat. Ebenfalls hat sie an einem Streitgespräch mit dem zuständigen FDP-MdB bei Stern TV (RTL) teilgenommen.

### **5. Gewerkschaftspolitik**

Gewerkschaftspolitische Themen wurden im Landesvorstand, je nach Aktualität, häufig unter dem Top „aktuelle Themen“ diskutiert. Dabei galt es sowohl sich über die aktuellen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit auszutauschen wie aber auch sich einen Überblick über die Politik der Gewerkschaftsführungen zu verschaffen. Dabei gab es häufig kritische Diskussionen, gerade wenn es um die Frage der sozialpartnerschaftlichen Ausrichtung, vor allem von IG Metall und IG BCE ging. Dabei spielte eine wesentliche Rolle, dass die Vorstände dieser beiden Gewerkschaften den Exportkurs von Kapital und Regierung massiv unterstützen und damit auch zur Schwächung der Wirtschaft in anderen EU Ländern ihren Beitrag leisteten und auch weiter leisten. Dies ging so weit, dass der ehemalige Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, den Gewerkschaften in Spanien empfahl das deutsche Beispiel nachzuahmen, und eine Standortpolitik für die spanische Wirtschaft zu betreiben. Dies erklärt auch warum DIE LINKE aus diesen Gewerkschaften erheblich weniger Mitglieder gewinnen konnte wie z.B. Mitglieder von ver.di, IG BAU oder GEW.

In der täglichen praktischen Arbeit begleiteten wir die Aktivitäten der Gewerkschaften, z.B. in den Tarifrunden, mit Pressemitteilungen wie aber auch häufig, in dem wir eigene Flugblätter für Mobilisierungen, in Zusammenarbeit mit der Landesgruppe, erstellten. Vielfach wurden uns die Flugblätter förmlich aus der Hand gerissen, aber es gab auch andere Erfahrungen. Vor allem in den ver.di Bereichen, wo es am häufigsten zu Streiks und lang anhaltenden Auseinandersetzungen kam,

konnten wir uns bei den Beschäftigten ein gutes Image erarbeiten. Dies gilt sowohl bei den Erzieherinnen wie aber auch bei den Beschäftigten im Einzelhandel und in den Krankenhäusern.

Im Frühjahr diesen Jahres beschlossen wir zur Tarifrunde der IG Metall ein Treffen von IG Metall Mitgliedern in unserer Partei zu organisieren. Ziel sollte sein, unsere Positionen zu den Forderungen der IG Metall zu erarbeiten und ansonsten diese Tarifrunde solidarisch zu unterstützen. Schon sehr früh zeichnete sich ab, dass es zu einer massiven Auseinandersetzung mit Gesamtmetall kommen würde und die Frage der Arbeitszeitverkürzung, auch wenn es sich nicht um eine kollektive mit Lohn- und Personalausgleich handelte, offensichtlich bei den Kapitalisten ein Tabuthema ist. An diesem Treffen nahmen nur insgesamt 3 IG Metall Mitglieder teil, aber immerhin konnten wir unsere Aktivitäten und unsere Haltung zu den Forderungen der IG Metall besprechen. Damit gelang es uns auch bei den größeren Veranstaltungen der IG Metall präsent zu sein und unser Flugblatt stieß durchaus auf größeres Interesse.

Im März 2017 organisierte der Landesvorstand, gemeinsam mit dem KV Duisburg, eine Stahlkonferenz zur Situation bei Thyssen – Krupp, wo die Bestrebungen des Vorstandes mit dem Stahlkonzern TATA zu fusionieren immer deutlichere Konturen annahm und auf den Widerstand von IG Metall und Belegschaft stieß. Alexander Ulrich aus der Bundestagsfraktion berichtete über die Arbeit der Fraktion zur Situation in der Stahlindustrie und unser Landessprecher Christian Leye forderte die Vergesellschaftung von Thyssen -Krupp und berichtete über die Erfahrungen im Saarland mit der Industriestiftung, die durch das Land gegründet wurde nachdem im Saarland die Stahlindustrie eine heftige Krise durchmachte. Auch wenn wir eine bessere Beteiligung, vor allem von Mitgliedern unserer Partei uns gewünscht hätten, war dies doch eine sehr interessante Veranstaltung, bei der es eine intensive Debatte von linken Gewerkschafter\*innen gab.

Leider blieb dies die einzige Konferenz zu gewerkschaftspolitischen Fragen. Im September 2017 sollte es eine gewerkschaftspolitische Konferenz im Rahmen des Bundestagswahlkampfes geben. Dazu gab es frühzeitig entsprechende Mobilisierungsmaterialien und Aufrufe aber die Resonanz aus den Kreisverbänden war eher mäßig. Als dann auch noch B. Riexinger arge Terminprobleme bekam entschlossen wir uns die Konferenz abzusagen.

Helmut Born konnte als Themenverantwortlicher durch seine Mitarbeit in der ver.di Linke NRW wichtige Impulse setzen. Bei den ca. 5-mal im Jahr stattfindenden Treffen werden alle möglichen gewerkschaftlich wichtigen Themen diskutiert. In der letzten Zeit war das Thema Union Busting, d.h. die Bekämpfung von Gewerkschaften und Betriebsräte durch die Bosse Gegenstand der Diskussionen. Die ver.di Linke NRW organisierte wertvolle Solidaritätsarbeit die teilweise sehr erfolgreich war.

Für die kommende Periode gilt es vermehrt Anstrengungen zu unternehmen um uns in den Betrieben und Gewerkschaften besser zu verankern. Dabei sollten wir versuchen uns über die Entwicklungen in den Gewerkschaften möglichst zeitnah auszutauschen. Dazu bedarf es in den Kreisverbänden der Schaffung von AGs Betrieb und Gewerkschaft, wo sich die Gewerkschaftsmitglieder, egal ob haupt- oder ehrenamtlich, ob Funktionsträger oder einfache Mitglieder treffen können. Da wo es möglich ist, sollten wir die Gründung von Betriebsgruppen anstreben um auch über die politische Arbeit in den Betrieben diskutieren zu können.

Auf Landesebene sollten wir versuchen eine Reaktivierung der LAG zu erreichen. Der jetzige Zustand sollte so schnell wie möglich aufgehoben und im Herbst zu einer Mitgliederversammlung eingeladen werden, damit wir auch auf Landesebene zu einer arbeitsfähigen Struktur kommen.

## **6. Bildung**

Im Leitantrag wurde beschlossen: *„Auch im Bereich der Bildung gibt es viele Aspekte, die für uns LINKE in den kommenden Jahren stärker in den Fokus gerückt werden müssen... Die LINKE hat hier weiterreichende Konzepte und Positionen. Wir streiten für eine Schule für alle. Es bleibt dabei: Wir brauchen höhere Investitionen in Bildung und gerechtere Strukturen.“*

Im Bereich der Bildungspolitik lag neben der Beschäftigung mit dem Wahlprogramm der Schwerpunkt auf dem Kampf gegen die geplanten Studiengebühren für Studierende aus dem nicht-europäischen Ausland. Zu diesem Zweck entwarf der Landesverband einen Flyer, der sich gegen die Studiengebühren positionierte und deutlich machte, wie die LINKE zur Abschaffung von Studiengebühren beigetragen hat. Darüber hinaus wurde zu den Protesten gegen die Studiengebühren mobilisiert. Es wurde außerdem begonnen, Kontakte zur GEW und zur Landesschüler\*innenvertretung zu schaffen, sodass in Zukunft ein regelmäßiger Austausch stattfinden kann. Abseits dessen wurde in verschiedenen Presseveröffentlichungen zu aktuellen bildungspolitischen Debatten Stellung bezogen.

## **7. Digitalisierung**

Das Thema Digitalisierung wurde im Leitantrag als wichtig benannt.

In Absprache mit der NRW-Landesgruppe im Bundestag und dem geschäftsführenden Landesvorstand, ist eine Fraktion vor Ort-Veranstaltung zum Thema Digitalisierung und Veränderung der Arbeitswelt in Planung.

## **8. Außerparlamentarische Opposition**

Im Leitantrag heißt es: *„DIE LINKE NRW wird sich auch in den kommenden Jahren in die gesellschaftspolitischen Konflikte einbringen und aktiv an der Seite von Betroffenen, Gewerkschaften oder sozialen Bewegungen ihren Platz einnehmen – als außerparlamentarische Opposition.“*

Wir haben die Kontaktstelle soziale Bewegungen für die Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen. Über die Kontaktstelle haben wir in der Tarifaueinandersetzung in der Metallindustrie die Solidaritätsaktionen koordiniert. Aktuell geht die Tarifrunde im öffentlichen Dienst in die Warnstreikphase. Die Kontaktstelle hält den Kontakt zu Bewegungen und berichtet regelmäßig im LaVo. Darüber hinaus wurden weitere Tarifaueinandersetzungen und drohende Werkschließungen wie bei ZF in Gelsenkirchen aus dem Landesvorstand begleitet in Zusammenarbeit mit dem Regionalbüro. Auch wurde auf aktuelle politische Ereignisse mit Öffentlichkeitsarbeit reagiert, die teilweise – wie im Fall des Sozialtickets – von der bundesweiten Presse aufgegriffen wurde.

## **9. Was tun? - Attraktive Mitmachpartei**

Im Leitantrag heißt es: *„Es ist für die Entwicklung der Partei unerlässlich mehr Mitglieder zu aktivieren. Dafür ist es sinnvoll in den Kreisverbänden, in denen es noch nicht geschehen ist, wieder einen Mitgliederbeauftragten einzusetzen... Der Mitgliederbeauftragte kann Neumitglieder in der Partei willkommen heißen, persönliche Treffen anbieten, Neumitgliederfrühstücke organisieren, sowie die regionale Anbindung und Kontakte in die verschiedenen Gliederungen schaffen.“*

Es hat ein Treffen mit den Mitgliederbeauftragten der Kreisverbände gegeben. Darüber hinaus hat der LaVo eine AG Parteientwicklung gebildet, die Neumitgliederseminare und Treffen über die Kreisverbände hinaus anbietet. Die ersten Seminare haben am 3. und 17. März in Köln und Hamm stattgefunden und waren sehr gut besucht. Die AG wird das auswerten und weitere Angebote machen. Hierzu wird der Landesvorstand durch den Landesarbeitskreis innerparteiliche Bildung unterstützt.

#### **10. Frauen- und Männerplena**

Im Leitantrag heißt es: *„Anstelle eines Frauenplenums vor Beginn der Tagung finden in Zukunft Frauen- und parallele Männerplena innerhalb der regulären Tagesordnung eines Landesparteitages statt.“*

Das wurde beim letzten Landesrat schon erfolgreich praktiziert.

#### **11. Regelmäßige KV-Sprecher\*innen-Treffen und Funktionsberatungen**

Im Leitantrag heißt es: *„Zusätzlich wollen wir in Zukunft regelmäßige Treffen zwischen den KV Sprecher\*innen auf Landesebene organisieren um uns über die lokale Arbeit vor Ort auszutauschen. So können sich erfolgreiche Wege der Mitgliederaktivierung oder Aktions- und Veranstaltungsvorschläge schneller im Landesverband verbreiten und die regionale Zusammenarbeit intensiviert werden.“*

Treffen mit den Kreissprecher\*innen haben stattgefunden und der Austausch wurde von allen als sehr positiv bewertet.

Der Landesgeschäftsführer ruft in regelmäßigen Abständen die Mitgliederverantwortlichen und Kreisgeschäftsführer\*innen zu gemeinsamen Beratungen zusammen.

#### **12. Etablierung der LINKEN im ländlichen Raum**

Im Leitantrag heißt es:

- *Eine stärkere Vernetzung der ländlichen Kreisverbände wird durch den Landesvorstand unterstützt.*
- *Materialien werden unter Berücksichtigung von Einwohnerzahl und Fläche verteilt.*
- *Ländliche Themen müssen sich stärker in der LINKEN NRW wiederfinden.*
- *In DIE LINKE. NRW werden ländliche Strukturen personell angemessener vertreten.*
- *(Wahl-)Veranstaltungen der LINKEN NRW werden auch in Flächenkreisen bzw. im ländlichen Raum stattfinden.*

Das ist eine fortwährende Aufgabe für den Landesvorstand, die nur mit den Genossinnen und Genossen aus dem ländlichen Raum selber gelingen kann. Der Landessprecher hat zweimal am Treffen der „Linken Rheinschiene“ teilgenommen, in der sich Teile des ländlichen Raumes organisieren. Auch ist auf Antrag von Genoss\*innen aus dem ländlichen Raum eine Konferenz zu der Thematik Anfang 1. September geplant, die der Landesvorstand analog zur Stadtteilkonferenz finanziell und durch Zuarbeit unterstützen soll.

#### **13. Stadtteilarbeit**

Im Leitantrag heißt es: *„Der Sonderlandesrat der LINKEN NRW hat einstimmig dem Antrag zugestimmt, eine Konferenz zu organisieren, die sich mit Formen und Methoden linker Stadtteilarbeit beschäftigt... Dafür werden linke Parteien und Organisationen eingeladen, die bereits Erfahrungen*

*mit linker Stadtteilarbeit gesammelt haben wie etwa die KPÖ aus Österreich oder die SP aus den Niederlanden.“*

Nach den Wahlerfolgen der Rechtspopulisten unter anderem im Ruhrgebiet stellten mehrere Ruhrgebiets-Kreisverbände auf dem Sonderlandesrat vom 15.06.2017 einen Antrag zur Durchführung einer Stadtteilkonferenz, in dem es unter anderem hieß: „Mit Unterstützung des Landesverbandes DIE LINKE. NRW wird durch die antragstellenden Kreisverbände Herbst 2017 eine Konferenz organisiert, die sich mit Formen und Methoden linker Stadtteilarbeit beschäftigt.“ Dieser Antrag wurde einstimmig auf dem Landesrat angenommen.

Anschließend trafen sich die antragsstellenden Kreisverbände und berieten sich über Ablauf, Referent\*innen und Inhalte der Konferenz. Auf dieser Grundlage stellten sie einen entsprechenden Finanzantrag an den Landesvorstand, der nach mehreren Diskussionen schließlich angenommen wurde; in die anschließende operative Umsetzung der Kreisverbands-Entscheidungen und die Organisation der Konferenz war außerdem der Landessprecher eingebunden.

Die Stadtteilkonferenz fand statt am 29.04.2018 im Jahrhunderthaus in Bochum und war mit 140 Genossinnen und Genossen aus vielen verschiedenen Kreisverbänden schon in der Workshop-Phase sehr gut besucht. Es wurde (je zweimal) angeboten: ein Workshop von ORKA (bundesweit aktives Netzwerk von Berater\*innen, die gewerkschaftliche Kampagnen und Organizing-Projekte planen, beraten, organisieren), der Organizing und Ansprache im Stadtteil zum Inhalt hatte. Zeitgleich fanden im Haus auch zwei Workshops des kopofu nrw statt. Der erste drehte sich um die Bezirksvertretungen: DIE LINKE ist hier bereits breit vertreten. Doch wie arbeite ich in der Bezirksvertretung, um die Verankerung im Stadtteil zu verbessern? Welche Möglichkeiten gibt es und wie nutze ich sie am besten?

Im dritten Workshop stellten drei Vertreterinnen und ein Vertreter der Socialistische Partij (SP) der Niederlande ihre Stadtteilarbeit vor. Unter anderem die Generalsekretärin der SP, Lieke Smits, berichtete von den praktischen Erfahrungen der SP und ihrer systematischen Stadtteilarbeit in den Niederlanden.

Anschließend begann der öffentliche Teil der Stadtteilkonferenz, der mit über 400 Interessierten ebenfalls sehr gut besucht war. Hier wurde unter anderem mit Oskar Lafontaine, Lieke Smits (SP), Ralf Krämer, Professor Michael Klundt, Amid Rabieh, Christian Leye und Sevim Dagdelen über den Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und Rechtspopulismus diskutiert und über Konzepte, wie sich DIE LINKE konkret vor Ort dazu aufstellen kann.

Die Konferenz war quotiert (12:10), für Kinderbetreuung war ebenfalls gesorgt.

#### **14. Sozialberatung als Teil linker Sozialpolitik**

*Im Leitantrag heißt es: „Wir verstehen das Sozialberatungs-Angebot aber nicht nur als eine rein rechtliche Hilfestellung, sondern auch als eine politische Initiative, die die Menschen ermächtigen soll, sich gegen dieses Hartz IV-System und andere neoliberale Zumutungen aktiv zu wehren. Von Bedeutung für die verbesserte Verankerung der LINKEN wird es daher sein, die Sozialberatungen stärker zu nutzen, um die Betroffenen zum politischen Widerstand zu ermutigen.“*

Im Berichtszeitraum hat der Jürgen Aust regelmäßig die Partei über aktuelle arbeitsmarkt- und sozialpolitische Entwicklungen informiert.

Außerdem erfolgten zahlreiche Informationen über den Gremienverteiler bzgl. neuer Arbeitshilfen bzw. Leitfäden für die Sozialberatung.

Zu den monatliche Arbeitsmarktberichten der NRW-Arbeitsagentur hat Jürgen im Namen des Landesvorstandes regelmäßige Presseerklärungen verfasst, die eine deutliche Kritik an der neoliberalen Arbeitsmarktpolitik enthielten.

Weiterhin hat Jürgen Aust im Namen des Landesvorstandes an zahlreichen Veranstaltungen und Konferenzen teilgenommen und dort die Positionen der Partei vertreten.

Im November/Dezember 2017 hat Jürgen mit anderen (u.a. Tacheles) den Anstoß zu einem „Sozialticket-Bündnis NRW“ gegeben, das sich im Januar 2018 aufgrund einer Konferenz in Wuppertal gegründet hat und in dessen Orga-Kreis Jürgen gewählt wurde. Das Bündnis orientiert auf eine breit angelegte Konferenz im Herbst 2018, die u.a. das Ziel verfolgt, in die Haushaltsberatungen für den Haushalt 2019 einzugreifen.

## **15. Gleichstellungspolitik**

Ingrid Jost hat an zahlreichen Veranstaltungen und Konferenzen teilgenommen, in denen sie die Positionen des Landesvorstands vertreten hat:

„Wohnen ist mehr als ein Dach über dem Kopf“: im Rahmen einer BAG Lisa - Bundesmitgliederversammlung hat Ingrid Jost ein Referat gehalten und einen entsprechenden Artikel verfasst.

„Genderspekte der Digitalisierung der Arbeitswelt“: Ingrid Jost hat ein Referat gehalten und einen Artikel verfasst im Rahmen der BAG Lisa – Bundesmitgliederversammlung in Heidelberg, 14. April 2018

Ingrid hat ein Referat zu 100 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland im KV Duisburg gehalten. Außerdem hat sie an einer Podiumsdiskussion teilgenommen und ein Interview gegeben am 10.03.18 im Rahmen einer Event-Woche zu 100 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland um Frauen zu motivieren, politisch zu partizipieren und sich zu engagieren. Veranstalter war African Tide Union e.V., Bildungsträger und Betreiber einer Einrichtung für geflüchtete Menschen.

Artikel „Gemeinwohlorientierte Daseinsfürsorge statt Profitorientierung“ und Vorschläge für die Konzeption einer Care-Konferenz, die am 22.09.18 stattfinden wird.

## **16. Bündnisarbeit und soziale Bewegungen**

Die Kontaktstelle für soziale Bewegungen hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Aktivitäten der sozialen Bewegungen in NRW zu sichten, Kontakt herzustellen und Proteste bzw. Aktivitäten zu unterstützen. Sie arbeitete praktisch quer zu allen Themengebieten. Die Vernetzungsarbeit der Mitglieder der Kontaktstelle mit den Bewegungen in NRW belegt: Wir sind wieder ein relevanter politischer Faktor im Land und bleiben dies auch.

Spätestens mit dem Sozialgipfel haben wir deutlich gemacht, dass DIE LINKE NRW auch eine Aufbruchsstimmung erzeugen kann. Wir wissen: Wir sind keine Partei, wie jede andere und es gelingt uns immer besser dies wieder mehr zu zeigen. Wir sind bei Blockupy dabei und haben zu den Protesten gegen den G20-Gipfel mobilisiert und sind sowohl in Hamburg als auch in NRW als Teil der Bewegung wahrgenommen worden.

Aufgrund der Kriminalisierung der G20-Proteste arbeiten wir im Bündnis „Grundrechte verteidigen“ mit und freuen uns dass das Bündnis gemeinsam mit dem Netzwerk gegen das Polizeigesetz in NRW zu einer Demonstration am 7. Juli in Düsseldorf aufruft. Die Kontaktstelle ist im Gespräch und ruft

mit dem Landesvorstand zur Demo auf: Nein zum neuen Polizeigesetz NRW! KEIN ANGRIFF AUF UNSERE FREIHEIT UND GRUNDRECHTE! Das „NRW-Polizeigesetz“ ist kein „Sicherheitspaket“, sondern brandgefährlich.

Zusammen mit der AG zur Pflegekampagne sind wir im Gespräch mit Beschäftigten in der Pflege und ver.di-Kolleginnen und Kollegen und mobilisieren zur Demo gegen den neuen Gesundheitsminister Jens Spahn am 20. Juni auch nach Düsseldorf. Gesundheit ist keine Ware – Menschen vor Profite! Mehr Personal in Krankenhäusern und Altenpflege.

Darüber hinaus haben wir uns aktiv an Protesten gegen Umweltzerstörung beteiligt, wie den Ende Gelände Protesten im vergangenen Sommer. Auch in die Proteste anlässlich des Klimagipfels waren wir mit einem Wagen, sowie der Erstellung von Materialien und die Mobilisierung involviert. Daneben haben wir uns noch an den Mobilisierungen zu den Protesten gegen die Hauptversammlungen von Bayer und RWE beteiligt.

Im Bereich der Bildungspolitik stand und steht der Kampf gegen die Wiedereinführung der Studiengebühren auf der Tagesordnung. Die Mobilisierung zu den in Düsseldorf stattfindenden Protesten wurde ebenfalls von der Kontaktstelle übernommen.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Beteiligung am Bündnis gegen den AfD-Bundesparteitag, dort war die Linke. NRW mit dutzenden Genoss\*innen vertreten und konnte gemeinsam ein deutliches Signal setzen, dass die AfD bekämpft werden muss.

Im nächsten Jahr zum 8. März jährt sich der Frauenstreiktag zum 25. Mal. Damals wollten die Frauen vier Jahre nach dem Zusammenbruch der DDR den Sozialabbau und die Verdrängung von Frauen aus dem Arbeitsmarkt sowie die Verschärfung des § 218 nicht hinnehmen. Heute stellen Frauen fest, dass es in vielen Gleichstellungsfragen ein Rollback gibt. Zusammen mit der LAG Lisa wollen wir uns an feministischen Aktionen der Frauenbewegung beteiligen.

Unser Selbstverständnis ist, Bewegungspartei zu sein. Wir können, wollen und dürfen nicht nur im Wahlkampf auf die Straße. Die gemeinsame Aktion in sozialen Bewegungen ist Mittel wie auch Ziel unserer politischen Arbeit - vor Ort in den Kommunen genauso wie auf Landesebene. Unsere Aufgabe in den kommenden Monaten wird sein, weiter an Bündnissen für einen linken Aufbruch in NRW zu arbeiten. Das erfordert Mut, denn wir werden einige liebgewonnene Routinen abstreifen müssen. DIE LINKE ist politisch attraktiv, wenn sie sich bewegt, neue Ideen zulässt, ihre Mitglieder und Sympathisanten aktiviert.

## **17. Arbeitsgruppen des Landesvorstands:**

Derzeit sind folgende Arbeitsgruppen vom Landesvorstand eingesetzt:

### **AG Parteientwicklung**

Die Arbeitsgruppe setzt sich zusammen aus: Inge Hoeger, Gabi Lenkenhoff, Eleonore Lubitz, Jules El-Khatib, Christel Rajda, Sascha H. Wagner, Alexandra Mehdi (Frauenbeauftragte), Götz Lange und Vertreter\*innen des LAK IB. Die AG führt regelmäßige Treffen oder Telefonkonferenzen durch. Sie organisierte die Erstellung einer Handreichung zur Mitgliederbetreuung für Kreisverbände und überarbeitete eine Neumitgliederbroschüre. Darüber hinaus wurde über weitere Bildungsangebote für Neumitglieder und Funktionärsebenen beraten. Diese wurden zum Teil an die Beratung der

Bildungsträger übermittelt, welche ebenfalls mehrmals im Jahr stattfinden um Synergieeffekte zu erzielen und Seminardopplungen zu vermeiden.

Ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit der AG war die Ausgestaltung der Neumitgliedertreffen (Köln, Hamm und Düsseldorf), welche durchweg guten Anklang fanden. Diese Konzeption wird fortlaufend aktualisiert und verstetigt.

Der Landesvorstand hat ein Treffen mit den Mitgliederbeauftragten der Kreisverbände organisiert eine AG Parteaufbau gebildet, die sich vor allem mit Fragen der Mitgliedergewinnung, Neumitgliederintegration und Mitgliederaktivierung beschäftigt. Sie hat in Zusammenarbeit mit dem LAK IB Neumitgliederseminare konzipiert. Die ersten Seminare haben stattgefunden und waren sehr gut besucht. Es wird weiter Angebote geben. Es wurde eine Handreichung zur Mitgliederaktivierung erstellt und in der Entwurfsfassung den Verantwortlichen zur Verfügung gestellt. Eine ordentliche Druckfassung ist in Arbeit. Das Handbuch für Neumitglieder wird überarbeitet und gedruckt und dann an alle Neumitglieder mit einem Begrüßungsbrief verschickt. Darüber hinaus will die AG sich mit der Tatsache, dass immer noch unter 30% unserer Mitglieder Frauen sind, beschäftigen und über mögliche Maßnahmen für eine Anhebung des Frauenanteils beraten. Dazu ist ein Treffen unter Einbeziehung der LAG LISA geplant. Auch das Thema Stadtteilarbeit und ländlicher Raum wird gezielt bearbeitet.

### **AG Kampagnensteuerung**

Nach dem Kick-off der Bundespartei zu der Pflege- und Mietenkampagne hat der Landesvorstand eine AG Kampagnensteuerung eingesetzt. Die AG hat sich inzwischen einige Male getroffen und plant eine landesweite Care-Konferenz unter dem Motto „Menschen vor Profite“ für den 22. Sept. 2018. Am Tag darauf wird es zusammen mit bundesweiten Steuerungsgruppe einen Kampagnenworkshop geben. Unsere wichtigsten Forderungen im Rahmen der Pflegekampagne sind: Aufwertung und gesetzliche Personalbemessung in Gesundheit und Pflege: 100.000 Pflegekräfte mehr in Krankenhäusern und 40.000 mehr in der Altenpflege.

Am 20. Juni lädt der neue Gesundheitsminister Spahn zu einer Konferenz der Gesundheitsminister\*innen nach Düsseldorf ein. Herr Spahn hat inzwischen viel versprochen, aber nichts Konkretes gegen den Pflegenotstand unternommen. Ver.di ruft zu einer Demonstration in Düsseldorf auf und fordert „Mehr Personal für Krankenhäuser und Altenpflege!“ DIE LINKE. NRW ruft dazu auf, sich an dieser Demonstration mit vielen Plakaten und Transparenten zu beteiligen. Die AG Kampagnensteuerung ist dazu in engem Kontakt mit ver.di.

Die Kampagne für das Recht auf Wohnen soll im nächsten Jahr starten. Nichts desto trotz gibt es Kreisverbände, die aufgrund Wohnungsnot bereits an dem Thema arbeiten. Und das ist gut so.

In der Kampagne wollen wir uns als AG mit der LAG Gesundheit und Soziales und Betrieb und Gewerkschaft möglichst eng verzahnen und gemeinsam an unseren Zielen arbeiten. Ebenso ist eine aktive Öffentlichkeitsarbeit mit alten und neuen Medien geplant. Mitglieder der AG Kampagnensteuerung sind: Inge Hoeger, Nina Eumann, Sascha H. Wagner, Götz Lange, Sylvia Gabelmann, MdB.

### **AG Teilhabe**

Diese AG befasst sich mit allen Querschnittsfragen zur Umsetzung des Teilhabekonzeptes der Partei DIE LINKE. Mitglieder sind Martina Siehoff (Inklusionsbeauftragte), Rolf Kohn (LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik), Christel Rajda (Landesschatzmeisterin), Sascha H. Wagner (Landesgeschäftsführer)

Die AG tagte quartalsweise und konnte alle an sie herangetragenen Arbeitsaufträge vollständig abarbeiten. Das Thema wird jedoch auch weiterhin eine wichtige Rolle in der Arbeit des Landesverbandes einnehmen. Daher sollte diese Arbeit unbedingt fortgeführt werden. Weiteres kann dem Bericht der Inklusionsbeauftragten entnommen werden.

### **AG Kommunikation**

Die AG Kommunikation befasste sich in den letzten Jahren mit der Professionalisierung und Weiterentwicklung der Pressearbeit, der Entwicklung der Social Media-Konzepte im Rahmen der allgemeinen Öffentlichkeitsarbeit und der Erstellung von Druckerzeugnissen. Mitglieder der AG waren: Irina Neszeri, Özlem Alev Demirel, Christian Leye, Darius Dunker, Jasper Prigge, Götz Lange, Sascha H. Wagner (für den Bereich Newsletter, Homepage in Kooperation mit Siggie Stoff und Hans-Werner Elbracht). Pünktlich zum Landesparteitag, konnte der Relaunch der Webseiten des LINKEN CMS in NRW abgeschlossen werden. Auch hiermit konnte eine gute Grundvoraussetzung für die Vorbereitungen der Kommunalwahlen in 2020 geschaffen werden.

### **18. Mitgliederentwicklung**

**siehe Anhang**

Düsseldorf, den 02. Juni 2018

Landesvorstand

Özlem Alev Demirel, Christian Leye, Christel Rajda, Sascha H. Wagner, Inge Hoeger, Nina Eumann, Darius Dunker, Jasper Prigge, Michael Aggelidis, Jürge Aust, Melanie Becker, Helmut Born, Kirsten Eickler, Jules El-Khatib, Ezgi Güyüldar, Ingrid Jost, Ayten Kaplan, Cigdem Kaya, Eleonore Lubitz, Ralf Michalowsky, Sonja Neuhaus, Hanno von Raußendorf, Azad Tarhan, Manfred Weretecki

## **Initiativantrag zum LPT NRW, 23./24.06.2018 in Kamen**

**Antragsteller\*innen:** Ingrid Remmers, Axel Behrend, Edith Fröse, Martin Hantke, Ingo Hentschel, Thomas Keuer, Thomas Koch, Brunhilde Michaelis, Alisan Sengül, Friedrich Straetmanns, Christiane Tenbenschel

Der Bundesparteitag hat am 09.06.18 im Leitantrag „DIE LINKE – Partei in Bewegung“ eine ausführliche Passage zur Thematik „Migration – Flucht – Grenzen“ beschlossen (s.u.), die bis auf Weiteres für die ganze Partei die verbindliche Leitlinie in dieser Frage vorgibt.

### ***Der Landesparteitag möge auf dieser Grundlage beschließen:***

- Alle vorliegenden Anträge zur Thematik Migration werden auf die erste Landesratstagung Anfang 2019 vertagt.
- Bis dahin wird den Kreisverbänden ausreichend zeitlicher Spielraum eingeräumt, um auf einer ihrer nächsten Mitgliederversammlungen diese Thematik intensiv zu diskutieren. Dazu werden den Kreisverbänden als Grundlagen der beschlossene Leitantrag des Bundesparteitages, die derzeit vorliegenden Anträge und weitere Positionspapiere zur Verfügung gestellt.
- Zugleich wird der neue Landesvorstand beauftragt, ab Herbst 2018 die inhaltliche Diskussion hierzu auf Regionalkonferenzen weiter voranzutreiben.

Auf diesem Wege wird eine breite Diskussion in NRW gewährleistet.

### **Begründung:**

Der Bundesparteitag hat im Leitantrag Leitlinien zur Thematik „Migration – Flucht – Grenzen“ beschlossen.

Zugleich wurden die Anträge des Landesvorstands NRW und des KV Essen zu dieser Thematik an den Parteivorstand überwiesen, um eine geordnete Debatte in der Gesamtpartei organisieren zu können. Deshalb gibt es zur Zeit keinen Anlass, ohne vertiefte Diskussion im Landesverband neue Beschlüsse zu dieser Thematik zu fassen.

### **Auszug aus dem Leitantrag „DIE LINKE – Partei in Bewegung“:**

Wer die Rechten bekämpfen will, darf ihren Forderungen nicht nachgeben oder ihre Redeweisen übernehmen. Rassismus ist kein Phänomen von Randgruppen. Er ist in der Mitte der Gesellschaft verankert. Ganz im Gegenteil, wir müssen dagegenhalten. Mit Argumenten, mit Aufklärung, und vor allem, indem wir nicht nachgeben. Dass die Regierung das Asylrecht abbaut, den Familiennachzug beschränkt und die Absurdität der Konstruktion der "sicheren Herkunftsländer" dadurch belegt, dass als "sicher" nun auch Afghanistan und andere Staaten gelten, in denen angeblich die Bundeswehr dringend für Sicherheit sorgen muss - all das stärkt die Rechten. Wer ihrer Forderung nach einer Obergrenze nachkommt oder ganze Religionsgemeinschaften mit Terrorismus in Verbindung bringt, wer so tut, als wäre eines der reichsten Länder nicht in der Lage, die Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung angemessen zu sichern, der normalisiert die Rechten und lässt ihre Forderungen legitim oder diskutabel erscheinen. Historisch und mit Blick auf andere europäische Länder können wir sagen: Diese Strategie ist nicht erfolgreich.

DIE LINKE zieht hier eine klare Linie: Wir stellen uns dem Rechtsruck entgegen. Wir kämpfen gegen Rassismus. Wir kämpfen um eine umfassende Solidarität, für soziale Gleichheit und den Internationalismus von unten gegen oben. Wir kämpfen gegen Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus und jede andere Form von Rassismus sowie alle anderen Ungleichheitsideologien. Wir kämpfen gegen die sozialen Ursachen des Rechtspopulismus und gegen die neoliberale Hoffnungslosigkeit. Gegen die Lügen, die Fake News, die Zerstörung der öffentlichen Debatte und der Demokratie - ob sie von Rechten ausgehen oder von der herrschenden Politik.

DIE LINKE hat von Beginn an ihre Politik zu Flucht und Grenzen an dem Dreiklang orientiert:

1. Wir wollen Fluchtursachen bekämpfen durch einen sofortigen Stopp von Waffenexporten und friedliche Konfliktlösungen. Wir fordern die Anerkennung von Umweltzerstörung, Hunger und Landraub als Fluchtursachen. Und wir treten für eine gerechte Weltwirtschaft ein und für eine Entwicklungszusammenarbeit, die das Leben der Menschen vor Ort verbessert, statt den Interessen der deutschen Wirtschaft zu dienen. Die deutschen Gelder für Entwicklungszusammenarbeit müssen endlich - ohne Tricks! - auf die international zugesagten 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes angehoben werden. Bis dahin brauchen wir eine Reform der internationalen Flüchtlingspolitik und Entwicklungszusammenarbeit sowie eine bessere globale Infrastruktur gegen die Verheerungen von Kriegen und Krisen. Wir fordern eine Abrüstungsinitiative. Die frei werdenden Mittel sind an das UNHCR und das Welternährungsprogramm zu überweisen. Die Unterstützungsleistungen fürs UNHCR müssen massiv erhöht und Pflichtabgaben werden.
2. Wir wollen das Sterben im Mittelmeer und an den europäischen Außengrenzen beenden. Dafür brauchen wir sichere, legale Fluchtwege, offene Grenzen und ein menschenwürdiges System der Aufnahme von Geflüchteten und einen Lastenausgleich in Europa.

Abschiebungen lehnen wir ab. Wir wollen Bleiberechte für Menschen, und statt Familien auseinanderzureißen, wollen wir sie zusammenführen.

3. Wir wollen eine soziale Offensive, die das Leben für alle Menschen besser macht: mit bezahlbarem Wohnraum, guter Bildung und Arbeit. Eine solche soziale Offensive für alle lässt sich mit einer gerechten Besteuerung von hohen Einkommen, Vermögen, Erbschaften und Konzerngewinnen sowie eine zeitlich befristete Vermögensabgabe für Superreiche finanzieren. Wir wollen die Demokratie stärken: Millionen Menschen in Deutschland dürfen nicht wählen. Grundlegende Rechte, Zugang zu Arbeit, bleiben ihnen verwehrt. Integration geht anders. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort und tariflicher Schutz müssen umfassend durchgesetzt werden. Bestehende Ausnahmen vom Mindestlohn sind abzuschaffen. Wir streiten für eine Integrationsoffensive mit hinreichenden und hochwertigen Sprachkursen sowie sozio-kulturellen Angeboten. Menschen, die derzeit keine Aufenthaltsbewilligung haben und in Rechtlosigkeit und Illegalität gedrängt werden, sollen eine unbefristete Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis erhalten, um ein geregeltes Leben in Würde führen zu können. Nicht der Pass, sondern die Menschen stehen im Vordergrund: Wir streiten für gleiche Rechte für alle, die hier leben.

Viele Menschen haben das Gefühl, dass sie nicht bekommen, was ihnen zusteht. Sie haben Recht. Aber immer war es Mittel der Herrschaft, verschiedene Gruppen gegeneinander auszuspielen: Prekäre gegen Kernbelegschaften, Aufstockende gegen Langzeiterwerbslose, Erwerbslose gegen illegalisierte Migranten. Unser Kampf gilt dem Kapitalismus, der die Menschen in Konkurrenz gegeneinander stellt. DIE LINKE zeigt, dass es gemeinsame soziale und ökonomische Interessen gibt. Und gemeinsame Gegner in den Mächtigen, den großen Konzernen, den Superreichen. Für uns teilen sich die Menschen nicht in Deutsche und Nicht-Deutsche, sondern wir sehen Mieterinnen und Mieter auf der einen, Miethäuser und Spekulanten auf der anderen Seite. Wir sehen Menschen, die sich für einen Hungerlohn die schwerste Arbeit aufbürden und solche, die ihre Gewinne auf Kosten dieser Beschäftigten in die Höhe treiben. Leiharbeiter und Kernbelegschaften, Erwerbslose und Beschäftigte, Mieter und der kleine Laden um die Ecke: Sie haben gemeinsame Interessen, gemeinsame Ziele und kämpfen doch oft getrennt. Die gemeinsamen Ursachen ihrer Probleme liegen im Widerspruch von Kapital und Arbeit, in Privatisierung von Gemeineigentum und öffentlicher Daseinsvorsorge, Entfesselung der Märkte und in der Entsicherung des Sozialstaates. Sie sind Ergebnisse der neoliberalen Politik der vergangenen 25 Jahre und des Klassenkampfes von oben, die die Grundfesten unserer Gesellschaft erschüttert haben.

**Liste der Unterstützer\*innen aus den Reihen der LPT-Delegierten:**

1. Heiner Bäther
2. Fritz Beinersdorf
3. Günter Blocks

4. Gunhild Böth
5. Carolin Butterwegge
6. Hans Decruppe
7. Werner Eggert
8. Nicole Fritsche-Schmidt
9. Michaele Gincel-Reinhardt
10. Ralf Henrichs
11. Susanne Herhaus
12. Georg Hewald
13. Stefanie Komlanvi
14. Roland Koslowski
15. Wolfgang Lindweiler
16. Angelika Link-Wilden
17. Dagmar Maxen
18. Ingeborg Mohr-Simeonidis
19. Moritz Müller
20. Marcel Nowitzki
21. Amid Rabieh
22. Ingrid Remmers
23. Thorsten Schlitt
24. Michael Sievers
25. Till Sörensen

#### **Initiativantrag: Linke NRW unterstützt Kampagne zum Azubiticket**

**Antragssteller\*innen:** Jules El-Khatib, Igor Gvozden, Fotis Matentzoglu, Sonja Neuhaus, Andrea Mobini, Sascha H. Wagner, Jasmin Waldes, Sidney Lewandowski, Ingeborg Lay-Ruder, Daniel Kerekes, Veronika Buszewski, Angelika Link-Wilden, Özlem Alev Demirel, Udo Bonn, Wolfgang Freye, Effi Tassikas, Katharina Grudin, Müsereff Raubach, Michael Kaeser, Inge Hoeger, Lukas Hirz, Ulla Weiss, Kathrin Vogler, Hanno von Raussendorf, Marion Wegscheider, Tim Hildmann, Camila Cirlini, Jule Kegel, Sebastian-Jerry Neumann, Michaela Kerstan, Katharina Hrvacanin, Vanessa Heeß, Marc Treude, Ernst Pueschel, Christiane Tenbenschel, Petra Weber, Marita Wagner

#### **Antrag:**

Die DGB-Jugend und ihre Mitgliedsorganisationen haben in NRW eine Kampagne für ein Azubiticket organisiert, die Linke.NRW wird diese Kampagne unterstützen, Materialien erstellen und sich an den dazu stattfindenden Diskussionen beteiligen. Die Kosten für ein solches Ticket sollen vom Land und den Arbeitgebern getragen werden.

#### **Begründung:**

Ein Azubi-Ticket wäre ein wichtiger Schritt um die finanzielle Situation von Auszubildenden zu verbessern und gleichzeitig Schritte in Richtung eines sozialökologischen Wandels zu gehen. Bisher zahlen Auszubildende bis zu 100 Euro pro Monat um zu ihrer Arbeitsstelle zu kommen, da es bisher nur im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr ein Azubiticket gibt, welches 60 Euro kostet und damit ungefähr ein Zehntel der durchschnittlichen Auszubildendenvergütung im ersten Lehrjahr.

### **Begründung Initiativantrag:**

Die DGB-Jugend forciert landesweit nun die Kampagne um ein Azubiticket und organisiert dazu Veranstaltungen und Aktionen, wir haben bisher abseits von einer Pressemitteilung keine Stellung dazu bezogen, wenn wir die Kampagne allerdings unterstützen wollen ist dies notwendig.

### **Initiativantrag: Nein zum neuen Polizeigesetz NRW! Am 7. Juli zur Demonstration nach Düsseldorf!**

**Antragsteller\*innen:** Niema Movassat (MdB, Oberhausen), Jasper Prigge (stellv. Landessprecher, Essen), Ulla Jelpke (MdB, Dortmund), Jürgen Aust (Landesvorstandsmitglied, Duisburg), Sascha H. Wagner (Landesgeschäftsführer, Delegierter KV Wesel), Gabi Lenkenhof (Delegierte LAG LISA), Nina Eumann (stellv. Landessprecherin, Mülheim), Sonja Neuhaus (Delegierte KV Essen), Ingeborg Lay-Ruder (Delegierte KV Wesel), Jasmin Waldes (Delegierte KV Wesel), Sidney Lewandowski (Delegierter KV Wesen), Daniel Kerekes (Kreisprecher, Delegierter KV Essen), Inge Höger (stellv. Landessprecherin, Delegierte KV Herford), Murat Yilmaz (Kreisvorstandsmitglied, KV Köln), Sylvia Gabelmann (MdB, KV Siegen), Ingrid Jost (Delegierte AKL), Igor Gvozden (Kreisprecher, Delegierter KV Aachen), Christiane Tenbenschel (Kreisprecherin KV Dortmund), Sefika Minte (Delegierte LAG Weg mit Hartz IV), Anette Koustas (Delegierte LAG LISA), Teresa Brandt (Delegierte KV Paderborn), Alina Wolf (Kreisprecherin, Delegierte KV Paderborn), Rena Beese (Delegierte KV Dortmund), Jules El-Khatib (Landesvorstandsmitglied, Delegierter KV Essen), Martina Siehoff (Delegierte LAG selbstbestimmte Behindertenpolitik), Thies Gleiss (ParteiVorstandsmitglied, Köln), Dana Moriße (Delegierte, KV Düsseldorf), Lukas Hirtz (Delegierter, Kreisprecher Duisburg), Fotis Matentzoglou (Kreisvorstandsmitglied, Recklinghausen), Michaele Gincel-Reinhardt (Delegierte KV Mettmann), Gudrun Schlett (LAG Lisa), Andrea Mobini (Delegierte KV Mülheim), Max Siekmann (Delegierter KV Münster), Katharina Geuking (Delegierte KV Münster), Gotin Elges (Delegierte KV Münster), Ulrich Thoden (Delegierter KV Münster), Marion Wegscheider (Kreisprecherin, Delegierte KV Essen).

**(25 Delis)**

### **Antrag:**

DIE LINKE NRW lehnt das von der schwarz-gelben Landesregierung geplante Polizeigesetz entschieden ab, weil es einen Angriff auf den Rechtsstaat darstellt. Leichtere und längere Präventivhaft, ein verwässerter Gefahrenbegriff, Online-Durchsuchungen, Fußfesseln, mehr Videoüberwachung und die Schleierfahndung – die geplanten Neuregelungen schaffen keine Sicherheit, sondern gefährden sie. DIE LINKE. NRW ruft zur Demonstration am 7. Juli in Düsseldorf auf. Der Landesvorstand wird für die Beteiligung an der Demonstration werben. Alle Kreisverbände werden gebeten, sich an der Mobilisierung und der Vorbereitung zu beteiligen sowie über den Inhalt des Polizeigesetzes zu informieren. DIE LINKE. NRW wird weitere Aktivitäten und Demonstrationen gegen das geplante Polizeigesetz unterstützen.

### **Begründung:**

Mit dem Hinweis auf die angebliche Bedrohung durch den Terrorismus wird seit Jahren der Sicherheitsstaat ausgebaut und werden Bürger\*innenrechte eingeschränkt. Der Rechtsruck innerhalb der Gesellschaft führt verstärkt zu autoritären Tendenzen und einem Ausbau des Überwachungsstaates, dem sich DIE LINKE. NRW entschieden entgegenstellen muss.

Für das Einschreiten der Polizei reicht in der geplanten Neufassung des Polizeigesetzes bereits eine „drohende Gefahr“ statt wie bisher das Vorliegen einer „konkreten Gefahr“. Damit werden die

Eingriffsmöglichkeiten der Polizei weit in das Vorfeld möglicher Straftaten gelegt. Dadurch kann die Polizei Menschen leichter in Präventivgewahrsam nehmen. Und sie darf sie länger festhalten, ohne dass überhaupt eine Strafbarkeit vorliegt. Wer einem Platzverweis nicht nachkommt, kann für bis zu sieben Tagen Ingewahrsam genommen werden. Bei (vermeintlichen) „Gefährdern“ soll sogar eine Präventivhaft von einem Monat möglich sein – auch wenn gar keine Straftat vorliegt.

Die Polizei darf zudem, ohne dass eine Straftat begangen wurde, zum Tragen einer elektronischen Fußfessel zwingen oder Online-Durchsuchungen durchführen. Auch die geplante Schleierfahndung bzw. „strategische Fahndung“ stellt einen bürgerrechtlichen Rückschritt da. Sie öffnet zudem Tür und Tor für das sogenannte „Racial Profiling“. Auch die Ausweitung der Videoüberwachung stellt einen Ausbau des Überwachungsstaates da, den wir ablehnen.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass der Ausbau des Polizeistaates sich insbesondere auch gegen Linke, Gewerkschafter\*innen und gesellschaftlich marginalisierte Gruppen richtet. So wurden zum Beispiel die Proteste gegen den Naziaufmarsch in Dresden oder zuletzt die Proteste gegen den G20- Gipfel in Hamburg mit massiver polizeilicher Repression überzogen. Mit dem Polizeigesetz geraten auch marginalisierte Gruppen wie Wohnungslose oder psychisch Kranke potentiell genauso in den Fokus wie Fußballfans oder Streikende.

Gegen das geplante Polizeigesetz in NRW hat sich ein breites Bündnis zusammengefunden, das die Demonstration und weitere Aktivitäten vorbereitet. DIE LINKE. NRW beteiligt sich daran bereits. Statt eines Ausbaus des Polizeistaats fordert DIE LINKE. NRW die Stärkung von Bürger\*innenrechten und eine soziale Offensive für alle – auch als präventives Mittel gegen Kriminalität